

Landtag aktuell

Kiel, 16.12.99

Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn

Bernd Schröder zu TOP 39 a-c:

Investitionsprogramm des Bundesverkehrsministerium

1999 – 2002

A 20 und Elbquerung

**Bau der A 20 westlich von Lübeck –
Entscheidung des Bundeskabinetts**

Am 17. November hier im Plenum und zuletzt am 09. Dezember 1999 in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses, haben wir uns intensiv mit den wichtigen Infrastrukturmaßnahmen im Landes Schleswig-Holstein beschäftigt und auseinander gesetzt. Sie, die Damen und Herren in der Opposition, haben noch in der letzten Landtagsdebatte hier wahltaktisch den Versuch unternommen, den Eindruck zu vermitteln, dass die Bundesregierung mit dem Investitionsprogramm 1999 bis 2002 die für Schleswig-Holstein so wichtigen Infrastrukturmaßnahmen, wie die Fortführung der A 20 und die Beseitigung des Schienenengpasses Elmshorn-Pinneberg-Eidelstedt, den Todesstoß versetzt hätte. Ohne auch nur im Ansatz Verantwortung dafür zu übernehmen, dass Sie es waren, die in 16 Jahren Regierungsverantwortung einen Bundesverkehrswegeplan mit einer Unterfinanzierung von 85 Milliarden DM hinterlassen haben, behaupten Sie, dass das Investitions-

programm 1999 bis 2002 quasi willkürlich hochprioritäre Maßnahmen nicht mehr berücksichtigt.

Es ist immer wieder deutlich gemacht worden, dass dieses Investitionsprogramm als Übergangslösung bis zur Fertigstellung eines neuen und erstmalig auch realistischen Bundesverkehrswegeplanes zu verstehen ist. In dieses Investitionsprogramm sind Maßnahmen aufgenommen, für die Planfeststellungsbeschlüsse vorliegen und für die konkret finanzielle Mittel für zu beginnende Baumaßnahmen benötigt werden.

Und, ich stelle hier noch einmal ausdrücklich fest, dass mit den Maßnahmen im Investitionsprogramm Schleswig-Holstein - bei einem Gesamtvolumen von 449 Millionen DM – einen deutlich größeren Anteil an Bundesfernstraßenmittel erhält, als dies in der Vergangenheit unter Ihrer Verantwortung der Fall war.

Mit dieser Vorgehensweise wird realistische Politik auf den Weg gebracht. Es wird einen realistischen Bundesverkehrswegeplan geben, der die Infrastrukturmaßnahmen zum Inhalt hat, die einer sorgfältigen Prüfung standhalten und deren Sinnhaftigkeit und Wirtschaftlichkeit nachgewiesen wird.

Die Zeit Ihrer unrealistischen, wahltaktischen Luftschlösser und Spatenstichprojekte ist endgültig vorbei.

Ich begrüße ausdrücklich, dass der Bundesverkehrsminister Klimmt zwischenzeitlich mehrfach eindeutig klargestellt hat, welche hohe Priorität die Fortsetzung der A 20 – auch westlich der A 1 – für ihn und den Bund hat. Dies hat der Bundesverkehrsminister eindeutig und unmißverständlich, ganz aktuell bei dem Baubeginn für die Ortsumgehung Preetz im Verlauf der B 76, zusammen mit unserem Wirtschafts- und Verkehrsminister Horst Bülck zum Ausdruck gebracht. Übrigens mit

der Ortsumgehung Preetz, einer Infrastrukturmaßnahme, die die Landesregierung Schleswig-Holstein als neue Infrastrukturmaßnahme in das Investitionsprogramm 1999 bis 2002 hineinbekommen hat. Eine Maßnahme, die für die Bürgerinnen und Bürger in Preetz und in der Region von erheblicher Bedeutung ist, und für deren Aufnahme in das Investitionsprogramm dieser Landesregierung durchaus Dank zu sagen ist.

Und auch bei der Beseitigung des Schienenengpasses Elmshorn - Pinneberg – Eidelstedt gibt es für mich nach einer öffentlichen Trassenkonferenz in Elmshorn keine Zweifel, dass diese Maßnahme aufgenommen und realisiert wird. Im kommenden Jahr wird mit 5 Millionen DM das Planfeststellungsverfahren für den Umbau des Bahnhofes Elmshorn begonnen. Und nach den Worten des Vertreters der Deutschen Bahn AG besteht auch kein Zweifel, daß die Schienenengpaßbeseitigung mit hoher Priorität nach 2002 in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen und realisiert wird.

Und ich begrüße für meine Fraktion auch ausdrücklich den Beschluß der Landesregierung von 14. Dezember, die sich für eine feste Verbindung über den Fehmarnbelt ausgesprochen hat. Die feste Verbindung über den Fehmarnbelt ist eine wichtige Zukunftsperspektive für Schleswig-Holstein. Diese Entscheidung bietet tatsächlich die Chance, die Wettbewerbsfähigkeit der schleswig-holsteinischen Wirtschaft auch im skandinavischen- und im Ostseeraum zu stärken und so aktiv zur Sicherung und zur Schaffung von weiteren Arbeitsplätzen beizutragen. Und ich zitiere sehr gerne die sicher von der Opposition geschätzte Aussage der Deutschen Angestellten Gewerkschaft:

Zitat:

„Mit dieser Entscheidung hat die Landesregierung bewiesen, dass sie zu perspektivischer Verkehrspolitik sehr wohl imstande ist. Sie hat darüber hinaus verdeut-

licht, dass sie das Wohl Schleswig-Holsteins gegen wirtschaftliche Partikularinteressen und ständiges Nörglertum in Schutz nehmen kann“. Zitatende.

Und wenn ich dann die Pressemitteilung Ihres in vielen Bereichen angeblich nichtwissenden ehemaligen CDU-Generalsekretärs der Bundes-CDU und Hoffnungsträger für die Schleswig-Holstein-Wahl lese, der diese Entscheidung zu einer reinen Phantomscheidung abqualifiziert - die Fehmarnbelt-Querung als wahltaktisches Manöver hinstellt - und im gleichen Atemzug versucht, alles an Infrastruktur in diesem Lande schlecht zu reden, dann kann ich nur sagen: „Welche Qualität eines Kandidaten und welche Arroganz vor den Bürgerinnen und Bürgern in Schleswig-Holstein, die unendlich viel aufgebaut haben und die in vielen Bereichen Schleswig-Holstein auf einen Spitzenplatz gebracht haben“. Und, dass Sie Herr Kayenburg, sich dazu hergeben, so eine platte Pressemitteilung auch mit Ihrem Namen zu versehen, kann ich nicht nachvollziehen. Aber bereits gestern in der Diskussion der Aktuellen Stunde um die Insolvenzen in Schleswig-Holstein, hatte nicht nur ich den Eindruck, dass Sie so manches Thema beackern müssen, dass Sie persönlich sicherlich nicht so anfassen würden.

Die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten an ihrem Antrag 14/2472 (neu) fest und werden diesen heute beschließen. Wir haben uns im Wirtschaftsausschuß darauf verständigt, dass wir den Antrag des SSW, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Planung und der Bau des Transrapids zwischen Hamburg und Berlin - finanziert durch staatliche Zuschüsse – sofort gestoppt werden und die so freiwerdenden Gelder zur Aufstockung der Finanzierung von Bundesverkehrswegebaumaßnahmen eingesetzt werden, in unseren Antrag, nach dem ersten Absatz, übernommen wird.

Wir haben immer deutlich gemacht, dass wir nicht gegen die Technik des Transrapid sind, aber bei dem finanziellen Scherbenhaufen, den Sie nach 16 jähriger Regierungsverantwortung im Bund hinterlassen haben, geht es vorrangig darum, sicherzustellen, dass die hochprioritären Infrastrukturmaßnahmen für Schleswig-Holstein auch finanziert werden können.

Wir haben in Schleswig-Holstein in vielen Bereichen eine ausgezeichnete Leistungsbilanz vorzuweisen. Wir haben nicht nur bemerkenswerte Erfolge im Rückgang der Arbeitslosigkeit, insbesondere auch der Jugendarbeitslosigkeit mit über 2100 arbeitslosen Jugendlichen weniger als noch in 1998, wir haben außergewöhnliche Leistungen bei neuen Unternehmen und Existenzgründungen. Schleswig-Holsteins Wirtschaft ist modern und zukunftsorientiert. Und diese Landesregierung hat dafür auch die erforderlichen und zukunftsweisenden Rahmenbedingungen und Infrastrukturmaßnahmen geschaffen.